

# Spanien

Laia Mestres/Eduard Soler i Lecha\*

Im vergangenen Jahr tat sich Spanien als konstruktiver Akteur in der Europapolitik hervor. Dies lag am Auftreten des Ministerpräsidenten Pedro Sánchez als starke sozialdemokratische Stimme in Europa, aber auch an veränderten Machtverhältnissen und Allianzen in der Europäischen Union. In Folge der britischen Austrittspläne und des angespannten Verhältnisses Italiens zu Berlin und Frankreich konnte Madrid vorübergehend zu diesem EU-Machtduo dazustoßen. Allerdings entspricht diese Demonstration europäischer Stärke nicht der innenpolitischen Situation. Zersplitterung und Polarisierung prägten weiterhin die spanische Politik, unter anderem aufgrund der fortlaufenden Territorialkrise in Katalonien, des Aufstiegs der rechtsextremen Partei VOX und der Schwierigkeiten Sánchez, die nötige Unterstützung der übrigen Parteien zu gewinnen, um im Amt bestätigt zu werden.

## Wahlen auf allen Ebenen innerhalb von sechs Monaten

Die Regionalwahlen in Andalusien im Dezember 2018 eröffneten einen sehr intensiven Wahlzyklus, der mit gleichzeitigen Kommunal-, Regional- und Europawahlen im Mai 2019 endete. Letztere wurden als eine zweite Abstimmung über Pedro Sánchez betrachtet, der die Wahlen im April 2019 gewonnen hatte, aber zusätzliche Unterstützung für die Regierungsbildung benötigte. Der Rest Europas beobachtete diese Entwicklungen, denn mit dem britischen EU-Austritt und in Hinblick auf die politische Dynamik in Italien wurde Spanien als stabilisierende Kraft betrachtet, die nun eine bedeutendere Rolle im EU-Machtssystem einnehmen sollte. Die zwei Themen, welche die größte Aufmerksamkeit erhielten, waren der Aufstieg von VOX und jener von Pedro Sánchez als starke europäische Stimme.

VOX ist eine relativ junge, rechtspopulistische und nationalistische Partei, die von Marine Le Pen, Matteo Salvini und Steve Bannon unterstützt wird. Sie profitiert von nationalistischen Protesten (hauptsächlich als Reaktion auf die katalanische Unabhängigkeitsbewegung) und von migrationsfeindlichen Stimmungen. Die Alarmglocken läuteten zum ersten Mal, als VOX Königsmacher bei den Wahlen in Andalusien und später in anderen Regionen und Städten wurde. Die Möglichkeit, dass diese Partei eine entscheidende Kraft im viertgrößten EU-Mitgliedstaat ohne das Vereinigte Königreich (EU-27) werden könnte, sorgte Europäer und Spanier. Letztendlich fiel das Ergebnis von VOX in den kurzfristig angesetzten Wahlen im April 2019 nicht so hoch aus wie prognostiziert. Trotzdem wurde die Partei mit 24 Sitzen fünftstärkste politische Kraft (2,6 Mio. Wähler) und die Auffassung, dass Spanien als einziges EU-Mitglied keine rechtsextreme Partei aufweist, wurde obsolet. Dies bestätigte sich bei den Europawahlen, in denen VOX drei Sitze gewann, obwohl dies im Vergleich zu den Hoffnungen des Parteivorsitzes ein schlechtes Ergebnis darstellte. Unerwartet war der Entschluss der Partei, der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) beizutreten, wahrscheinlich ein Versuch, ihren rechtspopulistischen und nationalistischen Ruf in Spanien und im Ausland zu relativieren.

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Leonie Düngefeld und Jana Schubert.

Einige EU-Führungskräfte beobachteten dies genau und äußerten sich sogar zu innenpolitischen Themen. Besonders bedeutend war die Stellungnahme des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner Partei, die mögliche Abkommen zwischen VOX und Ciudadanos, wie Macrons „La République en Marche“ Teil der liberalen Fraktion, kritisierten. Während die Ciudadanos versuchten, den Konflikt zu entschärfen, prangerten die VOX-Parteispitzen die französische Einmischung in die spanische Politik an.

Die Wahlerfolge von 2019 machten Sánchez zum de facto-Anführer der europäischen Sozialdemokraten. Dies wurde durch die exzellenten Ergebnisse bei der Wahl zum Europäischen Parlament verstärkt (20 Sitze, sechs mehr als 2014), was den spanischen Sozialisten und Sánchez eine wichtige Rolle in der Debatte zentraler Themen wie dem britischen EU-Austritt oder der Verteilung der EU-Spitzenpositionen zuteilte. So wurde eine spanische Abgeordnete, Iratxe García, Vorsitzende der sozialdemokratischen und sozialistischen S&D-Fraktion im Europäischen Parlament. Eine weitere interessante Entwicklung ist der Einfluss und die Position von Ciudadanos in der Europapolitik. Als drittstärkste spanische Partei in den Europawahlen und mit sieben Sitzen hat sie ihr Gewicht im Europäischen Parlament und in der liberalen Fraktion gestärkt. Allerdings könnte dies angesichts des Bündnisses zwischen Macron und Sánchez auf EU-Ebene wieder geringer werden.

Die durch die katalanische Unabhängigkeitsbewegung verursachten Spannungen haben nicht nachgelassen. Die die Unabhängigkeit befürwortenden Europawahllisten erhielten fast 50 Prozent der katalanischen Stimmen. Für den Einzug ins Europäische Parlament müssen die beiden Erstplatzierten dieser Listen hohe Hindernisse überwinden: Carles Puigdemont, ehemaliger katalanischer Präsident im selbstauferlegten Exil in Belgien, musste nach Spanien zurückkehren und einen Verfassungseid im nationalen Parlament aussprechen. Oriol Junqueras, der inhaftierte ehemalige Vizepräsident, darf seinen Sitz nicht annehmen, bevor ein Urteil im Prozess gesprochen wurde. Es scheint, als werde die Unabhängigkeitsbewegung ihre Versuche fortführen, ihre Forderungen zu europäisieren.

### **Spaniens Wirtschaft erholt sich, aber...**

Die spanische Wirtschaft wuchs 2018 um 2,5 Prozent und erlebte das fünfte Jahr in Folge ein stabiles Wachstum, mit der schnellsten Wachstumsrate aller großen Volkswirtschaften der Eurozone. Die Arbeitslosenquote sank auf 14,3 Prozent, der niedrigste Wert seit 2008, und das gesamtstaatliche Defizit betrug 2,48 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), unter dem Referenzwert von 3 Prozent. Im Hinblick auf diese Zahlen und nach zehnjähriger Überprüfung schlug die Europäische Kommission den Austritt Spaniens aus dem Defizitverfahren vor. Nichtsdestotrotz ermahnte Brüssel Madrid, dem Weg des verantwortungsbewussten Budgetmanagements weiter zu folgen und eine jährliche strukturelle Anpassung von 0,65 Prozent des BIP in den Jahren 2019 und 2020 sicherzustellen. Aus EU-Sicht blieb die Nachhaltigkeit des spanischen Rentensystems ein Hauptanliegen.<sup>1</sup>

Während die Wirtschaftsdaten in Spanien positiv ausfielen, könnten externe Faktoren die Entwicklung stark beeinflussen. Die Gefahr eines Handelskriegs zwischen China und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) könnte Spanien und seine Unternehmen treffen. Zweifellos könnte die Einführung von US-Zöllen auf Automobilimporte einen schweren Verlust für die europäische Automobilbranche darstellen, da die importierten Autos aus Deutschland und Österreich, aber auch aus Spanien kommen. Mögliche Zölle auf französi-

---

<sup>1</sup> European Commission: Recommendation for a Council Recommendation on the 2019 National Reform Programme of Spain and delivering a Council opinion on the 2019 Stability Programme of Spain, 5.6.2019, COM(2019) 509 final.

schen Wein könnten ebenso spanischen Weinproduzenten schaden. Mit Blick auf Macrons Vorschlag, „europäische Champions“ zu entwickeln, hatte Spanien Bedenken. Auch wenn Sánchez die deutsch-französische Forderung nach einer Stärkung der EU-Industriepolitik befürwortete, warnte er vor einer Aushöhlung der Wettbewerbsregeln. Der Premierminister ist überzeugt, dass es wichtig ist, die EU-Industriekapazitäten zu stärken und Ressourcen zu bündeln, um große Hochtechnologieprojekte auf EU-Ebene zu finanzieren, aber nicht, die wirtschaftliche Kraft auf die privilegiertesten Regionen zu konzentrieren und so die Differenzen innerhalb der Europäischen Union auszuweiten.<sup>2</sup> So wurde Spanien zu einem Verteidiger der Rolle der Europäischen Kommission in Fusions- und Übernahmeentscheidungen gegen ein „Berufungsrechts“ des Rates der Europäischen Union in diesem Bereich.

Auch bei der Einführung einer EU-Digitalsteuer widersprach Spanien zögerlicheren Mitgliedstaaten wie Dänemark, Irland und Schweden. Spanien entschied als erster EU-Mitgliedstaat, eine solche Steuer national umzusetzen. Im Januar 2019 brachte die sozialistische Regierung ein Gesetz mit zwei neuen Steuern auf digitale Dienstleistungen, in Anlehnung an den Kommissionsvorschlag, sowie auf finanzielle Transaktionen ein.

Erstaunlicherweise blieben die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 weitgehend unbeachtet, anders als der Vorschlag für ein Eurozonenbudget. Die Regierung verteidigte die Notwendigkeit, dass neue Finanzierungsquellen eine Stabilisierungsfunktion für Staaten, die mit spekulativen Angriffen auf den Finanzmärkten konfrontiert sind, aufweisen sollten. Andere Staaten wie die Niederlande lehnten dies ab. Für die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño wäre dieses neue fiskalpolitische Instrument wichtig, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu ergänzen.

### Ein „sozialeres“ Europa trotz der Hindernisse des britischen EU-Austritts

Die seit Juni 2018 regierenden Sozialisten befürworteten die Europäische Union und Macrons Ideen zu deren künftigen Ausgestaltung. Sánchez übernahm das französische Motto eines „Europas, das schützt“. Im Januar 2019 schlug er im Europäischen Parlament eine Umweltunion zur Ergänzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Union vor.<sup>3</sup> Zudem entwickelte er einen Acht-Punkte-Fahrplan, der die Vollendung der Bankunion, die fiskalpolitische Vertiefung des Euro, den Aufbau des Europäischen Einlagensicherungssystems, einen Eurozonenhaushalt, eine „echte“ europäische Armee und eine verbindliche Strategie für die Geschlechtergleichstellung umfasst. Zudem forderte er eine europäische Arbeitslosenversicherung zur Ergänzung der nationalen Programme und die Bekämpfung des Klimawandels mithilfe eines „Green New Deal“, der die Wirtschaft durch nachhaltige Industrien und Arbeitsplätze, Innovation und Wissen umstrukturieren soll.

Ein großes Hindernis für die Wiederaufnahme des sozialeren Vorschlags für die Europäische Union war die Unsicherheit im Zuge des britischen EU-Austritts. Spanien nahm eine konstruktive Position gegenüber der Verlängerung des Austrittstermins bis Oktober 2019 ein und argumentierte, dass das bestehende Austrittsabkommen die bestmögliche Übereinkunft für beide Seiten sei. Nichtsdestotrotz blieb Gibraltar ein ungelöstes bilaterales Problem. Spanien drohte im November 2018, das Austrittsabkommen zu verhindern, sofern das Abkommen keine bilateralen Verhandlungen über den Felsen nach dem Austritt garantiere. Die Aufnahme eines entsprechenden Protokolls verhinderte dieses Veto. Während die Themen Souveränität und gemeinsame Nutzung des Flughafens in der Vereinbarung

2 Diego Torres: Madrid backs strengthening EU industry, but not at any price, in: Politico, 20.3.2019.

3 President of the Spanish Government: Speech by President of the Government in European Parliament, Strasbourg, 16.1.2019.

ausgelassen wurden, wurden mehrere bilaterale Abkommen hinsichtlich anderer heikler Themen wie das Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht, Tabaksmuggel, Steuern und Umweltkonflikte erarbeitet. Madrid gab einen Notfallplan für den Fall eines britischen EU-Austritts ohne Abkommen heraus, um mit negativen Folgen für die besonders betroffenen Sektoren wie Luftverkehr, Warenhandel und Bürgerrechte umgehen zu können.

### **Außenpolitik durch die lokale Brille gesehen**

Außen- und sicherheitspolitische Themen, die im vergangenen Jahr Aufmerksamkeit in Spanien erhielten, reflektierten die nationalen politischen Differenzen und hatten eine gewisse Verbindung zur Europäischen Union. Dies war der Fall für die politische Krise in Venezuela, für das Spanien eine wichtige Rolle im Namen der Europäischen Union einnimmt. Es wurde ein politisch spannungsgeladenes Thema in Spanien, da die rechten Parteien die sozialistische Regierung drängten, die venezolanische Opposition stärker zu unterstützen. Im Februar 2019 erkannten Spanien und andere EU-Mitgliedstaaten Juan Guaidó als Venezuelas legitimen Interimspräsidenten an und riefen zu freien Wahlen auf. Spanische Abgeordnete waren unter den aktiven Teilnehmern in der Diskussion über Venezuela im Europäischen Parlament. Im Fall von Marokko lag die Aufmerksamkeit auf Migration, teilweise aufgrund eines Anstiegs der Zuwanderungsströme über die sogenannte „westliche Route“ und des Aufstiegs der spanischen Rechtspopulisten. Spanien stellte seine Kooperation mit Marokko als beispielhaft dar und forderte die Europäische Union mehrfach auf, die finanzielle und technische Unterstützung des südlichen Nachbarn aufzustocken. Starke Debatten löste der Waffenverkauf nach Saudi-Arabien aus. Die widersprüchlichen Aussagen von Regierungsvertretern, die Position der Partei Podemos (ein beachtlicher Teil der Wahlen wird in Cádiz produziert, dessen Bürgermeister Podemos angehört) und die Mobilisierung von Interessengruppen erhöhten den Druck. Die Befürworter eines Endes der Waffenlieferungen wiesen auf die Entscheidung der deutschen Regierung hin, die Waffenexporte auszusetzen. Demgegenüber war die Notwendigkeit einer einheitlichen Position der Europäischen Union ein Argument für jene, die meinten, Spanien sollte nicht unilateral die privilegierten Beziehungen mit Saudi-Arabien aufs Spiel setzen.

Andere wichtige Themen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) wurden in Spanien kaum debattiert. Spanien nahm von Beginn an an diesem neuen sicherheitspolitischen Kooperationsformat teil, ist aber auch bereit, Kooperation in kleineren Gruppen zu testen. Wieder einmal scheint die spanische Position der französischen zu ähneln.

Die Zeit wird zeigen, ob Sánchez Strategie Früchte trägt. Spanien strebt nach Anerkennung nicht mehr bloß als fünftgrößter Mitgliedstaat, sondern als unverzichtbarer Verbündeter in der europäischen Integration. Sánchez intendiert eine zentrale Rolle Spaniens in der Zukunftsgestaltung der Europäischen Union.<sup>4</sup> Die größten Risiken für den Erfolg dieser Strategie sind zweierlei: (1) Die Verstärkung eines privilegierten Bündnisses mit Macron könnte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel gegen Spanien aufbringen, sofern Versuche ausbleiben, um das Verhältnis zu Berlin wieder aufzuwärmen und (2) neue politische Instabilität in Spanien könnte die für die Europapolitik benötigte Energie beanspruchen.

### **Weiterführende Literatur**

Laia Mestres: Spain: The unwavering European: Spain and its place in Europe, in: ECFR Commentary, 5.4.2019.

Ignacio Molina: El (positivo) impacto de las elecciones generales sobre la influencia española en la UE, in: Análisis del Real Instituto Elcano, ARI 48/2019, 10.5.2019.

---

4 David M. Herszenhorn et al.: Madrid's moment, in: Politico, 17.6.2019, eigene Übersetzung.